

Beitrag zum „Dallgow-Döberitzer Amtsboten“

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

momentan steht die Baumschutzsatzung der Gemeinde Dallgow-Döberitz auf dem Prüfstand. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wird sie als willkürliches Regelwerk mit „Abzockefunktion“ interpretiert, welches in die Rechte von Grundstückseigentümern eingreift, die einst einen Baum pflanzten und jetzt dafür bezahlen sollen, wenn sie ihn wieder abhacken wollen. Auch wenn diese Darstellung sicher sehr vereinfacht und plakativ ist, so sind wir Freien Wähler doch sehr dafür, ein gesundes Augenmaß an die Grünentwicklung im Ort anzulegen.

Wir haben deshalb folgende Überlegungen angestellt: Dallgow ist eine grüne Gemeinde. Neben den öffentlichen Grünflächen sollen auch die privaten Grundstückseigentümer verstärkt für eine artenreiche, ortstypische Baumbestandsentwicklung in die Verantwortung genommen werden. Dabei soll sowohl dem freien Gestaltungswillen der Grundstückseigentümer als auch dem Interesse der Allgemeinheit an einem möglichst grünen Ortsbild stärker als bisher Rechnung getragen werden. Wir haben nicht vergessen, dass der Hauptgrund, warum so viele Leute nach Dallgow-Döberitz gezogen sind, der ist, dass es hier „so schön grün“ ist.

Zieht man in Betracht, welche Grundfläche ein Baum im Alter überspannen kann, kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Anzahl der zu schützenden Bäume von der Grundstücksgröße abhängen sollte. Es sollte gewährleistet sein, dass es neben dem Baumbestand auch für „Sonnenanbeter“, Obst und Gemüse genug Licht im Garten gibt. Die Ausgleichs- und Ersatzforderungen dürfen nicht dazu führen, dass das Pflanzen von Baumarten, die unter die Baumschutzsatzung fallen, „verhindert“ wird.

Wir haben in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, dass für das Fällen „überzähliger“ Bäume kein Ersatz mehr geleistet werden muss. Ebenso sind wir der Meinung, dass jemand, der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf seinem Grundstück durchführt – also neue Bäume pflanzt – Vorteile haben soll gegenüber jemandem, der bloß Geld bezahlt. Also haben wir empfohlen, dass Pflanzmaßnahmen auf dem eigenen Grundstück auch mit deutlich jüngeren (und damit deutlich billigeren) Pflanzen anerkannt werden. Und nicht zuletzt wollen wir die Hecken aus der Baumschutzsatzung streichen, weil die bisherigen Regelungen dazu unserer Meinung nach unangebracht und unrealistisch sind.

Da nicht alle Grundstücksbesitzer studierte Landschaftsgestalter sind, möchten wir im Zusammenhang mit Fällgenehmigungen den Beratungsauftrag des Grünflächenamtes stärker in den Vordergrund rücken.

Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Inhalte im politischen Raum umsetzen lassen. Erste Signale lassen jedoch eine breite Zustimmung erwarten.

Wenn Sie mehr zu dieser Thematik erfahren wollen, finden Sie im Internet unter www.fwg-dallgow.de auch eine ausführliche Fassung dieses Artikels mit noch mehr Hintergrundinformationen.

Ihr Thomas Peters
Fraktionsvorsitzender der Freien Wählergemeinschaft